

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

273 (25.11.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-84913](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-84913)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Vechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 5.10 M.; zweimonatlich 2.80 M., durch die Post frei ins Haus 3.40 M.; einmonatlich 1.40 M., durch die Post frei ins Haus 1.70 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis u. franco.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restzeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Am Halle von hiesiger Gemalt, Stahl, Eisen, Kupferung, Wachsdruck, Verlagsdruck in unserer eigenen Verlags- oder beim unserer Verleger haben der Verleger und Inhaber keine Kapitale, falls die Zeitung verliert, in bestimmten Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 273. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Ronto: Hannover 7908. Vechta, Dienstag, 25. November 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Borelmann, Ahternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

### Deutsche Nationalversammlung.

116. Sitzung vom 22. November.

Anstelle des Abgeordneten Holz, der nach seiner Ernennung zum Finanzminister sein Schriftführeramt niedergelegt hat, wird durch Juraß Abgeordneter Nachen (Zentr.) als Schriftführer gewählt. Es folgt

#### Die zweite Beratung der Reichsabgabenordnung.

Abg. P o b l e m a n n (Dem.): Es ist ein ungeheurer scharfes Instrument, das wir mit diesem Gesetz der Regierung in die Hand geben. Aber die Regierung bedarf dieses Instrumentes, um den Friedensvertrag durchführen zu können. Das Reich braucht viel Geld und deshalb wird mit diesem Gesetz das Volk an den Abfchluß gezwungen. Später wird es imstande sein, die ihm damit auferlegten Lasten zu tragen.

#### Abg. B a r t l e (Zentrum):

Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetz in der Tat um ein außerordentlich wichtiges Gesetzgebungswerk. Die einzelnen Steuererlasse sind infolge der Veränderungen des Wirtschaftslebens mannigfachen Veränderungen unterworfen; hier aber handelt es sich um ein Gesetz, das auf Jahrzehnte hinaus die Grundlage für die ganze Steuerverwaltung bilden soll, und das vor allem auch die Gewähr dafür schaffen soll, daß die einzelnen Steuererlasse wirklich das aufbringen, was man sich von ihnen versprochen hat. Gibt man aber der Reichssteuerverwaltung ein solches Instrument in die Hand, dann darf es nicht stumpf sein. Es muß scharf geschliffen sein. (Sehr richtig) Die Reichsabgabenordnung ist nicht arm an scharfen Bestimmungen, die oft in das Wirtschaftsleben eingreifen. Ich erinnere in der Beziehung in erster Linie an die durch den § 189 ausgeführte Anzeigepflicht der Banken. Der Ausschuß hat über diese Vorchrift tagelang verhandelt. Er hat sich nicht geteilt, auch Sachverständige darüber zu vernehmen, und er ist zu dem Resultat gekommen, daß der Steuerverwaltung diese Waffen in die Hand gegeben werden müsse. Ich erinnere an den § 87, wonach den Erben beim Nachschafnfolgen eines Verstorbenen die Pflicht auferlegt wird, in Fällen, wo der verlebte Reichsorganisationsgesetz mit der Steuererklärung nicht genau genommen hat, diese Erklärung zu bezeichnen; auch dem Sohn des verstorbenen Vaters würde diese Pflicht obliegen. Im Ausschuß sind recht scharfe Worte gegen diese Vorchrift gefallen. Es ist gesagt worden, sie bedeute den Zwang zu einer pietätlosen Denunziation. Ich für meine Person und auch meine politischen Freunde teilen diese Auffassung nicht. Ich einmal durch eine unrichtige Steuererklärung ein Unrecht geschehen, so muß es wieder aus der Welt geschafft werden. Unter diesen Umständen ist die Aufhebung der Steuererklärung geradezu eine sittliche Tat. (Sehr richtig im Zentrum.) Die Wahrheit muß an den Tag kommen. Geschichte das nicht, so würde das bestehende Unrecht — um an ein wahres Richterwort anzuknüpfen — fortgesetzt werden Unrecht gebären. (Beifall und Zustimmung.) Hierbei gehört auch die Bestimmung des § 5, welcher vorsieht, daß durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungs-möglichkeiten des bürgerlichen Rechts die Steuerpflichtung nicht umgangen oder gemildert werden kann. Auch diese Bestimmung hat im Ausschuß große Anfechtung erfahren. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß der § 5 in der Form, wie er aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, nicht angenommen werden können und müssen. (Beifall im Zentrum.) Wir sind insbesondere der Meinung, daß die nähere Umschreibung dieser möglichen Mißbräuche, wie sie in den Ziffern 1—3 dieses Paragrafen gegeben werden, zwar etwas weisheitsvoll, aber scharf aufreißend und vor allen Dingen unbedingt notwendig ist. (Beifall im Zentrum.) Man darf dem Steuerpflichtigen, der nach Möglichkeit sucht, das Steuererlös zu umgehen, es nicht gar zu leicht machen, durch Maßnahmen des Gesetzes hindurchzuschlüpfen. Es ist ja auch nicht gerade nötig, daß auch in Zukunft gewisse Verhältnisse sich damit befassen, dem Steuerpflichtigen Ratsschlüsse zu geben, wie er sich seiner Steuerpflicht entziehen kann. (Sehr richtig und Zustimmung.) All das würde nur auf Kosten des ehrlichen Steuerzahlers geschlehen und würde, wenn es einen großen Umfang annimmt, zur Einführung neuer Steuern führen. Wir werden also auch jede Abschwächung des § 5 ablehnen. Auch im übrigen ist meine Fraktion geneigt, sich im allgemeinen und im wesentlichen auf den Boden des Entwurfs zu stellen, wie er aus dem Ausschuß hervorgegangen ist.

#### Abg. S i m o n (Soz.):

Einem so tief einschneidenden Gesetz können wir zusammen, wenn der Beweis für seine absolute Notwendigkeit erbracht ist. Dieser Beweis ist erbracht. Er liegt in den ungeheuren finanziellen Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag übernommen haben. Abg. D a r i n g e r (Dt.-national) zieht die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage in Zweifel und befürwortet eine Abschwächung des § 5. Reichsfinanzminister Erzberger tritt den Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage entgegen und warnt dringende vor materiellen Abschwächungen des Entwurfs. Abg. K e m k e s (Dt. Vp.): Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Vorlage in ihrer Fiskalität nicht zu weit geht. Wir sehen insbesondere einer Abschwächung des § 5 sehr sympathisch gegenüber. Auch gegen die §§ 5 und 187 haben wir die schärfsten Bedenken. Abg. K a g e n s t e i n (Soz.) erblickt den Hauptvorzug des Gesetzes darin, daß es einen erheblichen Schritt zur Rechts- und Reichseinheit bedeutet. Abg. D r. L u d e w i g (Dem.) wendet sich gegen den § 5, der trotz seiner Weisheitsfülle keine klaren Begriffe schafft und eine unerträgliche Rechtsunsicherheit in das Wirtschaftsleben hineintragt. Abg. D r. W i r t h (Zentr.) hebt im Gegensatz zum Abg. D a r i n g e r die Vorteile hervor, die sich daraus ergeben, daß — wie es namentlich in einigen süddeutschen Staaten der Fall ist — der Präsident des Landesfinanzamtes gleichzeitig Finanzminister ist. Abg. H u g e n b e r g (Deutsch-natl.): Das Mißtrauen, das wir gegen den Reichsfinanzminister hegen, ist sachlich und persönlich so tief begründet, daß wir von anderer grundsätzlicher Opposition nicht ablassen werden. Abg. C o h n (N. S.) begrüßt die Vorlage als Markstein zur Reichseinheit und zum Einheitsstaat. Damit schließt die allgemeine Besprechung. Die §§ 1 bis 4 und 6 bis 7 werden angenommen. Die Abstimmung über § 5 wird ausgesetzt. Der Abschnitt „Allgemeine Vorschriften“ § 8 bis 10 wird ohne Erörterung angenommen. Es folgt der Abschnitt 2 Landesfinanzämter. Ja § 11 begründet. Abg. S t o l k e n (Soz.) einen Antrag, wonach die Abgrenzung der Bezirke und die Bestimmung über ihren Sitz durch Reichsgesetz erfolgen soll, das spätestens am 1. April 1920 in Kraft zu treten hat. Abg. D r. V ö h m e r t (Demokrat) befürwortet den Antrag. Reichsfinanzminister Erzberger: Ich habe grundsätzlich gegen den Antrag nichts einzuwenden; aber was soll geschehen, wenn das Gesetz nicht oder nicht rechtzeitig verabschiedet wird. Für diesen Fall müßte doch auch irgendeine Vorlage getroffen werden. Vielleicht würde es sich empfehlen zu sagen „bis 1. April 1920“. Eine Verzögerung würde dadurch nicht herbeigeführt werden, da die Vorarbeiten inzwischen doch erledigt werden können. Die Abstimmung über den § 11 wird ausgesetzt. § 14 bestimmt mit einem vom Ausschuß hinzugefügten Absatz 5, daß auf die Vorschriften der Finanzgerichts Art. 108 der Verfassung Anwendung finden soll. Abg. B a r t l e (Zentrum) befürwortet einen Antrag, diesen Absatz zu streichen. Es liegt kein Anlaß vor, den Vorschriften mit den Garantien der sogenannten gerichtlichen Unabhängigkeit zu umgeben und damit ein Ausnahmestückwerk zu Gunsten dieser einen Person zu schaffen. Reichsfinanzminister Erzberger bittet gleichfalls um Streichung des Abs. 5. Er bittet ferner, bei der Entscheidung auch das finanzielle Moment nicht außer Betracht zu lassen. Die Abstimmung wird ausgesetzt. Es sind noch ungefähr 40 Abgeordnete anwesend. Zu § 19 wird ein von allen Parteien unterzeichneter unerheblicher Änderungsantrag angenommen, ebenso § 20. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Wenig an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Wie wir hören, haben die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Es hat sich vielmehr herausgestellt, daß die Schwierigkeiten, die der Einigung entgegenstehen, immer noch recht erhebliche sind. Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Redner der Unabhängigen bei der politischen Aussprache im Landtag, der Abg. Ludwig, als Vorbedingung für die Einigung das Ausschließen der Mehrheitssozialdemokraten aus der Regierungskoalition gefordert hat.

#### Die deutsche Sachverständigenkommission,

welche Besichtigungsfahrten in den zerstörten Gebieten Frankreichs machte, sagt zum Schluß ihres Berichtes: Auf allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene, scheinbar ohne allzu strenge Beaufsichtigung bei der Arbeit gesehen. Sie machten alle einen gefunden, gutgenährten Eindruck und waren sehr reinlich gekleidet. Abgesehen von farbigen französischen Soldaten, die vor allem mit Bahnbauten beschäftigt waren, sind keine fremden Arbeitskräfte festgestellt worden.

#### Die Frage des Reichstagswahlgesetzes

wird in den nächsten Tagen den Unterausschuß des Verfassungsausschusses beschäftigen, dem vier Vorentwürfe vorgelegt werden. Erst nachdem der Ausschuß Stellung genommen, wird das Reichsministerium des Innern einen endgültigen Entwurf ausarbeiten.

#### Ein Entwurf über die Neugefaltung des deutschen Finanzwesens

wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Der Entwurf regelt das Arbeitsfeld und den Sitz der Landesfinanzämter, die bekanntlich am 1. April n. Js. die Reichssteuerverwaltung übernehmen sollen. In parlamentarischen Kreisen befürchtet man zum 1. April einen großen Steuerwirrwarr, da die Neueinrichtungen der großen Reichssteuerbehörden wegen der Wohnungsnot in allen deutschen Städten auf die größten Schwierigkeiten stößt und die Beamten ohne Wohnungszuweisung eine Verlegung ablehnen.

#### Friedensvertrag und deutsche Finanzen.

In einem interessanten Vortrage, den Dr. Melchior von Bankhaus W. W. Warburg kürzlich in der Gesellschaft Hamburger Juristen über den Friedensvertrag und die deutschen Finanzen hielt, kam er zu folgenden Schlussfolgerungen: In dem Friedensvertrage sind zwei sich widerstrebende Tendenzen zum Ausdruck gekommen: Der Wunsch Englands, den deutschen Handel auf lange Zeit hinaus zu zerstören, und das Bestreben Frankreichs, die deutsche Bevölkerungsziffer möglichst der französischen anzupassen. Andererseits tritt unerhüllt das Bestreben hervor, möglichst viel aus dem zerfallenen Lande herauszuholen. Diese sich widerstrebenden Tendenzen machen die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich. Die deutsche Handelsbilanz, die schon vor dem Kriege stark passiv war, und deren Ausgleich nur durch die Einnahmen Deutschlands aus Frachten und auswärtigen Anlagen stattdann, wird dies nach dem Kriege auch auf Jahre hinaus in noch viel stärkerer Weise sein. Nur dadurch werden sich die Kredite an Rohstoffen zurückzahlen lassen, daß das veredelte Produkt wieder ausgeführt wird, mit anderen Worten, daß wir auf Jahre hinaus in Lohn fremder Mächte arbeiten. Wie geplant schon heute ohne Berücksichtigung der Entschädigungsforderungen die Finanzlage ist, geht aus dem Vorschlag für den Etat des laufenden Jahres hervor. Den Ausgaben von 24.2 Milliarden Mark stehen Einnahmen von 25.3 Milliarden Mark gegenüber. Hierbei sind auch die Kosten für die Besetzung der Rheinlande im Betrage von rund 2.7 Milliarden in Rechnung gezogen, so daß sich bei Einstellung dieser ein Defizit von 1.6 Milliarden ergibt. Hinzukommen dann noch die Entschädigungs-

forderungen aus dem Friedensvertrag. Für Deutschland wird es die schwere Aufgabe der nächsten Zeit sein, den Wiedergutmachungsausschuß sowohl von unserem guten Willen sowie von den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Unser Schicksal und damit das Schicksal des europäischen Kontinents wird davon abhängen, ob dieser Versuch gelingt, daß nämlich der Wiedergutmachungsausschuß einleitet, daß die Grundlage für unsere Entschädigungspflicht nicht in den Zahlen und Mengen des Friedensvertrages, sondern in der Produktionsmöglichkeit und der Steuerkraft des deutschen Volkes zu finden sind.

#### Volksschulfragen.

Im Haushaltungsausschuß der Preussischen Landesversammlung wurde am Donnerstag die Besprechung des Volksschulwesens fortgesetzt. Vertreter der Parteien trugen Einzelwünsche vor. Ein Demokrat sagte dabei, daß nach Ansicht seiner politischen Freunde niemals konfessionelle Schulen mit weniger aufsteigenden Klassen eingerichtet werden dürfen, als ohne Errichtung konfessioneller Schulen möglich seien, ebenso sei die konfessionelle Lehrerbildung in Zukunft vollständig auszuschalten. Ein Vertreter des Zentrums hält es für notwendig, daß die Klust zwischen Schule und Haus beseitigt werde. Darauf muß die Lehrerbildung Rücksicht nehmen, sie soll auf einer höheren Schule erfolgen, muß aber auch ermöglichen, daß unzureichende Schulen vollständig werden, wie es die Verfassung wünscht, dem entspricht die deutsche Oberstufe, die als vollwertige höhere Schule ausgebaut werden muß. Der Redner meint, daß die Regierung klar lege, wie weit deren Vorbereitung gehen soll. Die Elternräte können leicht zu einem Zwiespalt zwischen Schule und Haus führen; die von seinen Freunden geforderten Schulbeiträge werden besser gewesen. Neben dem nationalen, sozialen und Arbeitsgedanken gehört zu einer vollständigen Gestaltung der Schule auch die Pflege des religiösen Interesses. Die Forderungen der Demokraten würden der Verfassung nicht gerecht und machten Konfessionsschulen in jeder zahlreicheren Orten unmöglich. Weiter seien die konfessionellen Schulen wertlos, wenn man nicht Lehrer für diese Schulen heranbildet. Seine Fraktion könne nicht darauf verzichten, daß konfessionelle Lehrerbildung auch in Zukunft möglich sei. Vieltklassige Schulen sind nicht ohne weiteres leistungsfähiger, die wenigklassigen haben bisher unter sehr schwierigen äußeren Verhältnissen gelitten, jedoch es zuerst darauf ankommt, ihnen die gleichen Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie den ausgefallenen vieltklassigen Schulen. Die Durchführung der von demokratischer Seite vorgeschlagenen Regelung würde uns mitten in den Kulturkampf führen. Redner befürwortet dann die finanziellen Forderungen der Lehrer, tritt warm für den Antrag der Lehrer auf Gleichstellung der Lehrer mit den Verwaltungsgängern ein, verlangt Aufhebung der Bremsbestimmungen und bittet die Regierung, die große Erregung der Lehrer wegen Annulla der dritten Zulage auf die Beschäftigungsbefehle zu beseitigen. Wie Unterrichtsminister Becker mittel, wird die deutsche Oberstufe weiter vom Ministerium mit Nachdruck gefördert, ebenso tritt das Ministerium für die Verbesserung der finanziellen Lage der Lehrer ein, wenn sie auch nicht alles erreichen kann, was sie wünscht. Für den Antrag spricht weiter und eindringlich ein demokratischer Abgeordneter. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß schon an dem gleichen Tage, an dem die Beschäftigungsbefehle von der Landesversammlung beschlossen wurde, Annullationen über sämtliche Zulagen vom Ministerium erlassen wurde. § 2 des Beschlusses bietet keine Schwierigkeiten für die dritten Zulagen, dagegen Abs. 4, 2 der die Annulla auf die staatlichen Zulagen verordnet; Zulagen der Kreise werden nicht angerechnet. — Bei der fortgesetzten Beratung des Volksschulgesetzes wurde dann wieder von sozialdemokratischer Seite die Forderung unterstrichen, die Lehrerbildung

### Deutsches Reich.

#### Zur Einigung der sozialdemokratischen Parteien.

Zwischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion und solchen der unabhängigen Fraktion haben am vergangenen Donnerstag im Reichstagsgebäude unverbindliche Verhandlungen stattgefunden. Führende Persönlichkeiten beider Fraktionen wa-

ren an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Wie wir hören, haben die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Es hat sich vielmehr herausgestellt, daß die Schwierigkeiten, die der Einigung entgegenstehen, immer noch recht erhebliche sind. Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Redner der Unabhängigen bei der politischen Aussprache im Landtag, der Abg. Ludwig, als Vorbedingung für die Einigung das Ausschließen der Mehrheitssozialdemokraten aus der Regierungskoalition gefordert hat.



In Zukunft in interkonfessionellen Anstalten zu vollziehen. Ein deutsch-nationaler Abgeordneter erklärte eine Neuregelung der Lehrerbeförderung für unmöglich, solange nicht die Schulunterhaltung neu geordnet ist.

Die neuen Steuererlasse.

Außer der Einkommensteuer wird, wie bereits mitgeteilt, nach einem Kapitaletzenerwerb erhoben, für die bestimmte Staffeln in Betracht kommen. Diese betragen u. a.:

- Dividenden von Aktien, Kupon usw. . . 20%
Zinsen von Obligationen, Hypothekenscheinen . . . 10%
Zinsen aus Sparkassen, Bankentlagen . . 10%
Zinsen aus ausländischen Kapitalanlagen 10%

Zeichner von Kriegausleihe, die nachweislich Kriegsanleihebarausgaben aufgenommen haben, bekommen die Steuer in dem Umfang erlassen, daß nur der Leberzuschuß der Kriegsausleihe über die Schuldzinsen der Steuer unterliegt. Die Steuerentrichtung hat nur bei zwei Ertragsarten durch den Empfänger des Kapitalertrags, durch den sogenannten 'Gläubiger' Kapitalkunden, nämlich bei Diskontogewinn und bei Erträgen aus ausländischen Kapitalanlagen. In allen sonstigen Fällen legt der Schuldner die Steuer vor und zieht sie dem Gläubiger bei der Zins- bzw. Dividendenabgabe ab.

Das dritte Gesetz, über die Landesbesteuerung, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindefürsorge. Grundrisslich wird darin bestimmt, daß die Inanspruchnahme von Steuergebieten durch Reichsgesetz die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder, Gemeinden und Gemeindefürsorge, die die Steuerentnahmen des Reiches zu schädigen geeignet sind, sollen nicht erhoben werden, wenn nicht überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Neue Steuerordnungen der Gemeinden und Gemeindefürsorge dürfen von den zuständigen Landesbehörden nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums und der von ihm beauftragten Reichsbehörde genehmigt werden.

Die Länder sind u. a. verpflichtet, Steuern vom Ertrage a. des Grundvermögens, b. des Gewerbebetriebes zu erheben.

Die Ertragssteuern dürfen nicht die Einkommensteuern ausgegliedert werden. Ueber diese Ertragssteuern werden dann nähere Vorschriften gemacht. Die Gemeinden sind verpflichtet, Vergnügungssteuern zu erheben, falls nicht der Gemeindefürsorge oder das Land eine solche Steuer einführt. Die Reichsabgabenerhebung gilt auch für die Vermögen- und Erhebung der Landes- und Gemeindefürsorge.

Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichseinkommensteuer mit Ausschluß der Kapitalertragssteuer, die dem Reich ungekürzt verbleibt.

Von den Steuern, die das Reich an Ertrag der allgemeinen Einkommensteuer von nichtbürgischen Personen erhebt, beträgt der Anteil unabhängig von der Steuerstufe 50 Prozent des Steuerbetrages.

Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteilen die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grundätzen zu beteiligen.

Die neue Einkommensteuer.

Unserer Meldung von gestern möchten wir folgendes ergänzendes Bild nachtragen:

Table with 2 columns: Steuerpflicht. Jahres-einkommen, Steuerbetrag. Rows show income brackets from 1000 M to 501000 M and corresponding tax amounts.

Feuerbeiträge werden mit 60 Prozent besteuert.

Eine Reform des Untersuchungsausschusses.

In der 'D. Allg. Zit.' unterrichtet das Mitglied der Nationalversammlung, Peterfen, Vorsitzender des Gesamtuntersuchungsausschusses, die Unzulänglichkeit von Reformen im Verfahren des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nach der Klärung, die die Bekundungen der bisher vornehmten Personen schon heute gebracht hätte, würde sich die weitere notwendige Klärung durch gründliches Interrogatorium erzielen lassen, so daß die langwierigen mündlichen Erörterungen vor dem Ausschuss unnötig seien und eine Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen nicht erforderlich würde.

Verschiedene Nachrichten.

Apofostolische Vertretung in Japan.

Offiziäre Romano meldet, daß der Papst beschloffen hat, in Japan eine Apofostolische Vertretung einzurichten. Er ernannte Monsignore Sumajoni Biondi, gegenwärtig Apofostolischer Vertreter in Ostindien, zum ersten Legaten.

Die polnische Verfassungsfrage.

Dena, Nach dem neuen Verfassungsentwurf für Polen wird der Name des Staates 'Polnische Republik' (Rzeczpospolita Polska) lauten. Die gesetzgebende Gewalt ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen u. direkten Wahlrechts nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit für die Dauer von 4 Jahren gewählte Reichstag. Die ausführende Gewalt hat das Staatsoberhaupt, das auf 7 Jahr gewählt wird. Staatsoberhaupt kann jeder polnische Staatsbürger werden, der das 40. Lebensjahr überschritten hat. Dem Staatsoberhaupt zur Seite stehen die sog. Hüter des Rechtes: 30 Personen werden durch den Landtag durch das Verhältnissystem aus der Mitte der Abgeordneten oder aus den Professoren gewählt. 20 Personen werden aus dem Staatsoberhaupt für dieses Amt ernannt.

Ruf nach einer Währungskonferenz.

Die Neue Züricher Zeitung bemerkt, der heutige Stand der Markwaluta hänge zum Teil auch mit einer falschen Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeit in Deutschland zusammen, und fährt fort: Die Gestaltung der Markwährung sollte den maßgebenden Wirtschaftspolitikern der Entente endlich die Augen öffnen. Frankreich sollte in erster Linie auf eine Besserung der Verhältnisse hinarbeiten. Dies könne geschehen namentlich durch Einräumung von Valutakrediten von Seiten Amerikas, ferner durch die Verstopfung des Lochs im Westen. Die Zeit wäre wahrhaftig gekommen, wenn die Regierungen aller Länder den Sachleuten das Wort erteilten und eine Währungskonferenz einberufen wollten, die den ganzen Fragenkomplex der Zahlungsbilanz wissenschaftlich erklären würde und nicht mehr aufgehoben werden dürfte, wenn nicht jeder Tag die Gefahr eines Zusammenbruchs des Weltkredits näher bringen soll.

Nach einer Washingtoner Meldung beriet der Präsident mit dem Finanzauschuß und dem Handelsdepartement über die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung des internationalen Geldverkehrs und der ausländischen Valuta.

Die italienischen Sozialisten.

Zürich, 22. Nov. Nach Meldungen aus Mailand berichtet der 'Avanti', daß die sozialistische Kammerfraktion am Sonntag ihre erste Sitzung abhalten wird, in der die Ansprüche der Sozialisten auf Lebensnahme der Ministerräten des Innern, des Krieges und des Aeußeren zum Beschluß erhoben werden sollen.

Zürich, 22. Nov. Der Mailänder 'Corriere della Sera' meldet, daß unter den gewählten 183 sozialistischen Deputierten 132 beschloffen, sich zur Republik zu bekennen. Die sozialistischen Erfolge werden zu einer völligen Neuorientierung der Politik Italiens beim alliierten Viat in Paris führen müssen. In Mailand und Venedig haben sich die Arbeiterräte als Kontrollreure der Präfekten in den Regierungsgebäuden einquartiert.

Revision des Friedensvertrages auf Veranlassung des Papstes?

Von hochgeschätzter bestinformierter Seite wird der 'Bayr. Volkszeitung' aus Rom mitgeteilt, daß die diplomatischen Beziehungen des Papstes Benedikt XV. unausgesetzt dahin gerichtet sind, die Ententeregierungen zu einer Revision des Friedensvertrages zu veranlassen, um nachträglich die Härten für die Mittelmächte zu lindern und ihnen dadurch den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg einermachen zu erleichtern. Es besteht begründete Hoffnung, daß England und namentlich Amerika den Absichten des hl. Stuhles wohlwollend gegenübersehen, während Frankreich noch unzugänglich ist. Man rechnet in kirchlichen Kreisen mit der Möglichkeit, daß es den Bemühungen des hl. Stuhles schließlich gelingen wird, in den ersten Sitzungen des Völkerbundes die Revision des Friedensvertrages zum Gegenstand einer Diskussion zu machen. Unsere neutralen Staaten, unter anderem Spanien und Holland geben mit dem hl. Stuhl in der Angelegenheit Hand in Hand und rechnen mit wesentlichen Erleichterungen für die Mittelmächte im Laufe des nächsten Frühjahrs.

Im Zusammenhang damit steht wohl auch die vor einigen Tagen in der 'Bayr. Volkszeitung' veröffentlichte Nachricht von der bevorstehenden Reise zweier deutscher Kirchenfürsten nach Rom. Auch ein angesehener Zentrumsparlamentarier soll sich in der gleichen Angelegenheit demnächst nach Rom begeben.

Oldenburg.

Deutschnationale und Zentrum. Aus dem Fürstentum L. Lübeck wird geschrieben: Hier fanden am 16. November die Lan-

desausführbarkeiten statt. Das Zentrum hatte beschlossen, für die Kandidaten der Deutschen Nationalen einzutreten. Man sollte meinen, letzteren könnte der Zutritt zu einigen hundert Stimmen aus dem Zentrumslager willkommen sein. Das scheint aber nicht der Fall zu sein; denn in einer von einem deutschnationalen Wahlkreiser vertiebenen Broschüre: 'Wie werden wir wieder reich?' von Hugo Jordan-Waren (Münch) finden wir folgende Auslassungen:

'Erzberger ist nicht umsonst Jesuit und deshalb deshalb nach jesuitischem Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel.' Dieser charakterlose Mann, der im Dienste Roms und im Solde des Papstes steht, hat es sich zur Aufgabe gestellt, das evangelische Deutschland an die katholische Kirche zu verkaufen. (Seite 9) Eine Seite weiter ist die Rede von dem 'internationalen Pfaffenium'.

Diese gehässigen Ausfährungen und ihre Verbreitung durch deutschnationale Agitatoren sind neue Beweise für die unfreundliche Haltung, die meisten Kreise der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Katholiken innewohnen. Wie wir erfahren, hat der Vorsitzende der Zentrumsparlei im Fürstentum Lübeck an zukünftiger Stelle energischen Protest gegen die Verbreitung der Jordanischen Schelke eingelegt mit dem Erfolge, daß die Fährung gegeben wurde, die in Rede stehende vertrieben werden. Es ist aber immerhin bezeichnend, daß es eines solchen Schrittes bedurfte, um die Verbreitung einer Hellschrift zu verhindern. Die Deutschnationale Volkspartei ist bekanntlich die Partei, die den 'nationalen' Katholiken beweisen will, daß ihr Platz nur in ihren Reihen sein könne.

Kirchen- und Schulfragen.

(Eingaben an den Landtag.)

Eine Eingabe aus Rüttingen wünscht Regelung der Formalitäten beim Austritt aus der evangelischen Landeskirche. Der Petent meint, es müsse genügt werden, wenn der Austrittende eine Austrittserklärung unterschreibt und durch Steuerzettel beweist, daß er bisher Kirchensteuer bezahlt hat. Er meint weiter, es müsse sogar zulässig sein, durch Einschreibebrief, unter Beifügung des Steuerzettels die Austrittsanzeige zu vollziehen. Der Petent möchte für seinen Vorschlag 'Kirchenaustritt leicht gemacht' ein Patent haben, vor hoffen aber, daß der Landtag mit dieser einfachen Ründigung sich nicht zufrieden geben wird. Wir weisen nochmals hin auf die Behandlung dieser Materie in der preussischen Landesversammlung und erwarren von der oldenburgischen Regierung und vom Landtag, daß die Rechte der Religionsgemeinschaften genügend gewahrt werden und die Frage in einem Sinne geregelt wird, die der großen Bedeutung der Religion im öffentlichen Leben gerecht wird. Der oldenburgische Gesetzentwurf gibt uns diese Gewähr nicht.

Um Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen bitten der kath. Lehrerverein und der Landeslehrerverein den Landtag. In der Begründung wird gesagt: 'Das monatliche Dienstentommen der jüngeren Lehrer bleibt sehr zurück hinter dem Einkommen gleichartiger anderer Beamten, z. B. ist bis zum 27. Lebensjahre der Eisenbahnbeamte dem Lehrer im Gehalt um 6158 M voraus. Junge Arbeiter, auch ungelernete, verdienen oft doppelt so viel wie jüngere Lehrer, deren Einkommen in manchen Fällen sogar hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Tischler- und Schneidergesellen verdienen nachweislich 120 M wöchentlich, was einem monatlichen Einkommen von ca. 500 M entspricht. Demgegenüber bezieht ein junger Lehrer in den oldenburgischen Städten ein Gesamtgehalt von monatlich 232 M einschließlic der laufenden Teuerungszulagen. Die Folge ist eine zunehmende Verarmung und Verschuldung der jüngeren Lehrer. Die einmalige Beschaffungsbefähigung wird reiflos zur Bezahlung von Schulden und zu den aller-nötigsten Anschaffungen verwandt werden müssen. Die Volksbildung und die Erziehung zur staatsbürgerlichen Gesinnung sind von höchster Stelle aus als die wichtigste Aufgabe im neuen Volksstaate bezeichnet worden. Die Lehrer, die diese Arbeit leisten wollen, müssen aber für sich eine gerechte, auskömmliche Beförderung fordern, weil sonst die Gefahr besteht, daß eine unausbleibliche Verwitterung zum großen Schaden des Volkes und des Staates in die Schularbeit hineingetragen wird. Deshalb wünschen die Lehrer eine baldige, gerechte Neuregelung ihres Einkommens durch ein neues Beamten-Beförderungsgesetz. Damit nun bis zu dem Zeitpunkte, wo dieses in Kraft tritt, die drückendste Not gelindert wird, bitten die unterzeichneten Vereine um eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen für die jüngeren Lehrer. Von einer Verzichtung derselben vor anderen Beamten kann durch Bewahrung dieser Bitte keine Rede sein; denn schon vor dem Kriege und besonders seit der Kriegsteuerung sind die Lehrer viel zu gering besoldet worden, so daß der Staat durch Erfüllung ihrer jetzigen Bitte nur eine alte Schuld abträgt, die er ihnen gegenüber hat, und umsonst glauben sie jetzt soziale Gerechtigkeit fordern zu dürfen, weil sie sich bisher

opferwillig mit ihrer geringen Befoldung abgefunden haben.

Um Neuregelung der Wohnungsverhältnisse und der Entschädigung für den Handarbeitsunterdritt bittet der Verein fah. oldenburgischer Lehrerinnen. Die Eingabe kommt zu dem Schluß, 1. daß die Wohnungen der nicht festangestellten Lehrerinnen wenigstens aus Wohnzimmer, Schlafzimer und Küche bestehen müsse. In Preußen muß die Wohnung der Lehrerin laut Verfügung Wohnstube, Kammer, Küche und Kammer für Wirtschaftlerin umfassen. 2. die Wohnung der festangestellten Lehrerinnen solle man so einrichten, daß selbige denen der Lehrer in Bezug auf Haus und Garten im allgemeinen gleichgestellt werden, wie es an verschiedenen Orten Oldenburgs jetzt schon der Fall ist, damit die Lehrerin sich eine Haushälterin halten und evtl. eine Mutter oder andere Verwandte bei sich aufnehmen kann. Um die Gesundheit mancher Lehrerin wäre es besser bestellt, wenn sie nach mißvoller Arbeit sich erholen und ausruhen könnte, anstatt sich nun erst die Mahlgzeit bereiten zu müssen.

Wenn eine den vorstehenden Forderungen entsprechende Wohnung nicht besteht, wäre derselben eine Zeit- und Ortsverhältnissen angepaßte Wohnungsschädigung zu zahlen.

3. Die Höhe der Entschädigungssumme für den Handarbeitsunterdritt ist kritisch sehr verschieden und hängt von der Günst und dem Wohlwollen der einzelnen Gemeinden ab. Um Gleichmäßigkeit zu erzielen, wird gebeten, zu veranlassen, daß 3 M für die Stunde bezahlt wird oder daß wenigstens ein Nichtbetrag festgesetzt werde, unter dem nicht heruntergegangen werden dürfte.

Die Erklärung der Lehrerseminare zu höheren Lehranstalten durch einen Erlaß der Regierung fordern: kath. Lehrerverein, Landeslehrerverein, Oldenburg, Seminarlehrerverein und deutscher Seminarlehrerverein. Auf die Begründung der Eingabe kann wegen Raummangels nicht näher eingegangen werden.

Zur Frage der Lehrerbildung teilt der kath. Lehrerverein Oldenburgs dem Landtage seine auf der letzten Generalversammlung gefaßten Beschlüsse mit. Wir haben damals die Leitätze ausführlich mitgeteilt.

Oldenburgische Siedlungstätigkeit.

Ausbau der Kriegerheimstättenbaugesellschaft zur 'Allgemeinen Oldenburger Siedlungsgesellschaft'.

In einer dritten Denkschrift, die den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichs-siedlungsgesetz angeht, ist, berichtet der Vorstand der Kriegerheimstättenbaugesellschaft von dem Plan, diese Gesellschaft, die bisher ihre Tätigkeit nur auf Stadt und Land Oldenburg beschränkte, zu einer das ganze Gebiet des früheren Herzogtums umfassenden Allgemeinen Oldenburger Siedlungsgesellschaft auszubauen. Die Ortsgruppen des Kriegerheimstättenvereins im Lande sollen Träger der Ansfiedlerfürsorge sein. Für die Beschäftigung von Bauern und die Kultivierung von Dehland soll die Siedlungsgesellschaft im allgemeinen nicht in Frage kommen, ihre Tätigkeit bezieht sich auf die Ansfiedlung von Gartenbauern, Landarbeitern und gewerblichen Arbeitern, und auch zur Ansfiedlung auf kultiviertem Boden. Die Oldenburger Siedlungsgesellschaft stellt sich somit in den Dienst der Kleinanfsiedlung und ermarct von Seiten des Staates die weitgehendste Förderung. Die Denkschrift stellt einen Plan auf, nach dem sie handeln will. Dieser umfaßt vier Punkte: Landbeschaffung, Finanzierung der Siedlung, Beschaffung der Neubauten und die Beschäftigung des einzelnen Siedlers. Zu jedem Punkt werden in ausführlicher Weise Vorschläge gemacht, die des tieferen Studiums seitens aller Interessierten wert sind, auf die jedoch Raummangels halber hier nicht näher eingegangen werden kann. Zum Schluß werden die Darlegungen in folgenden Reihenfolge zusammengefaßt: 1. Die Kriegerheimstättenbaugesellschaft Oldenburg wird zu einer allgemeinen Oldenburger Siedlungsgesellschaft ausgebaut. Eine Vergrößerung des Stammkapitals ist notwendig. Wie Stadt und Amt Oldenburg je 100 000 M übernommen haben, so ist es auch von anderen Städten und Kreisen erwünscht. 2. Im Lande sind Baugenossenschaften zu gründen, mit der Aufgabe, auf gemeinschaftlichem Wege die letzten Gelder für eine Siedlung zu befragen und Hand in Hand mit der Siedlungsgesellschaft die Ansfiedlung in dem Bezirk zu fördern. 3. In jeder Gemeinde hat die Ortsgruppe des Kriegerheimstättenvereins die Aufgabe, jeden einzelnen Ansfiedler persönlich zu betreuen. 4. Das Siedlungsverfahren nimmt folgenden Verlauf: Die Siedlungsgesellschaft lauft unter Zustimmung des Staates, nach gutachtlicher Beurteilung der betr. Baugenossenschaft eine größere Landfläche, liefert den Bebauungsplan und die Baugeschmungen, bestimmt die Preise für die einzelnen Baupläge und die darauf zu errichtenden Gebäude, stellt die Kaufbedingungen fest und baut die Häuser.



Die Baugenossenschaft nimmt währenddessen die Anmeldungen entgegen, trifft die Anweisung über die Baupläne und bereitet den Abgang des Kaufvertrages vor. Die Siedlungs-gesellschaft beauftragt bei der Staatlichen Kreisbauverwaltung die erforderlichen Gelder, mit Ausnahme der Anzahlung, die von dem Siedler oder der Baugenossenschaft aufgebracht wird, und schließt dann, wenn die Finanzfrage für den Ansiedler gelöst ist, den Kaufvertrag ab. Das Risiko beim Grundstückskauf und bei dem Neubau der Häuser trägt die Siedlungs-gesellschaft; die Baugenossenschaft trägt die Gefahr bei dem Gelde, das sie von ihr ausgewählten Ansiedler als letzte Hypothek überläßt. Die Ortsgruppe des Kriegerheimstättenvereins übernimmt die mehr persönliche Fürsorge für den Siedler.

**Aus dem oldenburg. Münsterland**

Bevha, 25. November.

Dem zur hiesigen Ordensschule der Dominikaner gehörigen Hause sind vorgeliegt durch den Ordensgeneral die A e o f t e i n e s P r i b r a s unter dem Titel „Conventus Reginae St. Rosarii (Sofienkranzloster)“ verliesen worden. P. Jac. Prior wurde ernannt der bisherige Obere P. Joachim N. Höckerfeld, zum Supprior P. Reginald W. Weingärtner, zum Prokurator P. Titus N. Herten.

Die Feiern ihrer Silberhochzeit begehen heute Kaufmann E r h a u s e n und Frau. Wäge dem rüstigen Paare auch der goldene Kranz beschieden sein.

Katholische Seminaristen und Seminaristinnen sind im Jahre 1918/19 unterführt worden 63 mit insgesamt 11 000 Mk. Die Eltern der Unterführten gebühren folgenden Verufen an: Lehrer 4, Beamte 7, Landleute 25, Kaufleute 3, Handwerker 17, Arbeiter 7.

Die Kosten für den Neubau des Gebäudes für das kath. Obersekundarkollegium einschließlich der Inventarbeschaffung sind auf 213 000 Mk. veranschlagt worden. Für 1920 fordert die Regierung die erste Rate von 100 000 Mk.

Personalien. Der Regierungskassier A r t h u r M e y e r aus Bevha ist zum Finanzrat ernannt worden.

Sparrämienanleihe. Bezüglich der Einzahlung der deutschen Sparrämienanleihe tauchen Mißverständnisse im Publikum darüber auf, ob für jede 1000 M. Sparrämienanleihe der Betrag von 500 M. in Kriegsanleihe nur anzulassen ist oder ob er eingezahlt werden muß. Es wird hierdurch wiederholt festgestellt, daß die Sätze jeder einzelnen Zeichnung in Kriegsanleihe eingezahlt werden muß, so daß also die Gesamtzahlung der Summe in bar unzulässig ist.

Lohne, 23. Nov. Am Dienstag, dem 25. N. N. feiert unser Gesellenverein sein 5. Stiftungsfest im Saale des Herrn Hasakamp. In Ausführung kommt „Elmar“ nach Webers „Angehilnden und „De graute Kammeel“ von Roghyme. Zu dieser Feier haben nur Ehrenmitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt. Eine Wiederholung der Aufführung findet am Donnerstag Abend statt. Damit ist jedermann Gelegenheit gegeben, das überaus feisliche und ergötzende Stück „Elmar“ kennen zu lernen. Die Spieler haben sich alle Mühe gegeben, den Geist des Stückes zu erfassen und, wie die Generalproben zeigten, beherrschen sie ihre Rollen. Auch für Beschaffung prachtvoller Kostüme hat der Verein keine Kosten gescheut.

Lohne, 24. Nov. Die für heute in Aussicht genommene Volksvereinsversammlung mußte wegen des bereits angelegten Ems-Abends verschoben werden. Sie wird nun voraussichtlich am Sonntag Nachmittag abgehalten. Als Redner wird Herr Dr. Meißner auftreten, der in dieser Woche im Oldemb. Lande Konferenzen und Versammlungen abhält.

Dinklage, 23. Nov. Heute feierte unsere Kirchengemeinde ihr Patronatsfest, das Fest der hl. Katharina. Die Jünglingsobskulität lie ße heute gemeinschaftliche h. Kommunion. Die Beteiligung war recht zahlreich. — Die altertümliche Wasser m ü h l e auf der Burg Dinklage ist jetzt zu einer schönen Wohnung umgebaut worden. Das Altertümliche dieses Hauses ist aber erhalten geblieben. Das Wasserrad, die alte Eingangstür sind nicht entfernt worden. — Der Saal des Gelellendehuses dient jetzt als Unterrichtslokal für sämtliche Stunden der gewerblichen Fortbildungsschule.

Steinfeld, 22. Nov. Unser Verschönerungsverein hat nach fünfjähriger Pause seine Tätigkeit wieder aufgenommen. In seiner Arbeit im Deterischen Gasthause einberufenen Mitgliedsversammlung wurde zunächst Herr Dr. Giesberg als erster Vorhändler neu gewählt. In letzterter Ansprache wurden alsdann die Bedeutung und die künftigen Aufgaben des Vereins erörtert. Insbesondere wurde das Gemeinliche des in allen deutschen Ländern sich regenden Heimatgedankens mit den Zielen und Aufgaben der Verschönerungsvereine betont. Es sei zu begrüßen, daß man durch Gründung des Heimatbundes, den der Natur des vorbereitenden Ausschusses Wehler angeregt, auch den Verschönerungsvereinen zugleich eine breitere Grundlage gibt, um möglichst alle Schichten der heimatischen Bevölkerung in den Dienst des Heimatgedankens zu stellen. Gelingt es, die Isolierenden Straßen zu wechen und die Bewegung für das Münsterland in großartig Weise zu organisieren, so läßt sich viel Großes und Schönes verwirklichen. Sicherlich wird die baldige Bekanntgabe eines Programms weite Kreise interessieren. Aus den weiteren Verhandlungen des Vereins ist noch hervorgehoben der einstimmige Beschluß des Vereins, in einer Eingabe an den Ortsausschuß die Feiertage von diesem beschließen

nen und von der Staatsregierung genehmigte Neupflasterung unserer großen Straße anzuregen und die beschleunigte Ausführung des Projektes zu fordern. Der Staat hatte 2/3 der Kosten übernommen. Der Einladung des Verschönerungsvereins Neuenkirchen zum Vortrage des weisfälligen Heimatsbüchters Karl Wagenfeld soll durch Entsendung einiger Herren Folge geleistet werden, um zugleich auch die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarvereinen wieder aufzunehmen.

**Aus der Residenz und dem Norden.**

Oldenburg, 25. November.

h. Klagen über mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln sind im Amte Oldenburg wiederholt aufgetreten. Um eine Verringerung herbeizuführen, soll eine Verstaatlichung dahingehend versucht werden, daß die Verwaltungen bezw. Verteilungsstellen in Stadt und Amt Oldenburg die Bevölkerung möglichst gleichmäßig mit Lebensmitteln beliefern.

h. Die am Rauheshoer errichteten Wohnhäuser werden jetzt teilweise schon von Familien bezogen, die meisten aber sind noch zurück und werden erst nach und nach fertiggestellt.

h. Eine Ausschussung der Ortskrankenkasse unserer Stadt findet am Freitag statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Feststellung des Voranschlages für 1920.

h. Der Statiale Ausschuss beschloß die Unterfertigung der vom Oldenburger Gaueverband gegen den Alkoholisimus an die Nationalversammlung und Regierung gerichtete Eingabe um Abstellung der aus dem Alkoholmißbrauch erwachsenden Schädigungen der Volksgesundheit.

h. Die ungelieferte Arbeitszeit zur Ersparenden Licht und Feuerung haben die hiesigen Licht- und Wasserwerke eingeführt. In den Werkstätten wird mit 1/2ständiger Mittagspause von 8-4 1/2 Uhr, in den kaufmännischen und technischen Büros von 8-3 Uhr gearbeitet. Dieses Beispiel wird hier sicher bald Nachahmung finden.

h. Einem Sägemüller wurde ein 8 Meier langer Treibriemen entwendet.

h. Das Gaswerk hat die Miete für Gaskocher vom 1. Dezember ab auf monatlich 50 Pfg. erhöht.

h. Die Räume für das neue Landesfinanzamt werden im Ministerialgebäude geschaffen. Zu diesem Zwecke sind einige bauliche Veränderungen erforderlich; ferner müssen Möbel für diese Räume beschafft werden. Die Kosten sind vorläufig auf 150 000 Mk. veranschlagt. Das Reich hat sowohl für die Benutzung der Räume eine Miete zu zahlen, als auch die Umbaukosten zu verzinsen.

h. Evangelische Seminaristen und Seminaristinnen sind im Jahre 1918/19 unterführt worden 226 mit insgesamt 41 215 Mk. Die Eltern der Unterführten gebühren folgenden Verufen an: Lehrer 21, Beamte 50, Landleute 42, Kaufleute 21, Handwerker 57, Arbeiter 26, Schiffer 4.

h. Der Streik der Holzarbeiter wurde nach fünfwöchiger Dauer in der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung des Schlichtungsausschusses beigelegt; am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Reichsstatistikrat für das Holzgewerbe wurde mit einigen Verringerungen von der Arbeitgeberern anerkannt. Der halbe Urlaub soll auf den Lohn angerechnet werden. Ueber die Höhe des Stundenlohnes war schon vor 4 Wochen eine Verständigung erzielt.

h. Die Ausfuhr von Safer aus Stadt und Stadtgebiet Oldenburg ist bis auf weiteres verboten.

h. Der Verein der Sanftkühler erhebt wegen der steigenden Unkosten für die Benutzung der Säle eine Saalmiete.

h. In der Volksküche des Vaterl. Frauenvereins gelangen im Oktober zur Ausgabe (die eingelegten Zahlen entsprechen denen des Vormonats): Mittags 4180 (4190) Portionen zu 65 Pfg., 948 (845) Portionen zu 45 Pfg.; ferner 2076 (2027) Tassen Kaffee und 1461 (1259) Tassen Fleischbrühe.

Westerheide, 22. Nov. Der Auftrieb zum gestrigen Sch w e i n m a r k t betrug 51 Ferkel, jedoch war der Handel äußerst flau. Es wurden nur einige Tiere verkauft. Sechswöchentlich bedangen 60-70 Mk. — Der Amtsvorstand hat die H a f e r a n s f ü h r v e r b o t e n — In Eggeloge ist dem Imker F r e e r ein ganzer B i e n e n k e n d a n s a g e p l ä n d e r t worden. F. sekte eine Belohnung von 1000 Mk. auf die Ermittlung der Täter aus.

**Delmenhorst, den 25. November.**

\* Eine Gannerin, die als seine Dame gekleidet war, gestellte sich neulich in der Dämmerung zu einem aus Oeseemünde stammenden Dienstmädchen, das hier auf den Zug nach Wildenhausen wartete. Sie führte das Mädchen, um ihm die Wartezeit zu verkürzen, durch die Stadt. Vor dem Café Zentral hat die Dame ihre Begleiterin, doch im Café nachzugesprochen, ob nicht eine bestimmte Person dort anwesend sei; sie wollte solange ihren Koffer halten. Das Dienstmädchen ließ sich dazu bereden. Als das junge Mädchen aber wieder heraus kam, war die „Dame“ mit ihrem Koffer verschwunden. In dem Koffer befanden sich für ca. 1000 Mk. bessere Kleidungsstücke. Dieser Fall beweist einmal wieder, daß man auf der Reise nicht zu vertrauensselig sein darf.

\* Einbruch. In einem Hause am Trendebühl ist ein Einbruchdiebstahl verübt worden. Raffen und Schränke usw. sind aufgebrochen worden. Wie verlautet, sollen zwei Personen gesehen worden sein, die sich, mit Säcken beladen, in der Richtung Almloch entfernten.

**Nah und Fern.**

Neile, 20. Nov. Gegen die Langzuckerarbeiten, die sich sehr häufen, tritt der Landrat auf, zumal weite Bevölkerungskreise in diesen ein Verarmnis leben. Die Gemeindevorstände sol-

len zu Tanzlustbarkeitsanträgen eine zustimmende oder ablehnende Begutachtung geben. Der Landrat wird nur dann die Erlaubnis erteilen, wenn zwei erwachsene Personen sich schriftlich verpflichten, dafür zu sorgen, daß die Tanzlustbarkeiten ordnungsmäßig Verlauf nimmt. Die Zuverlässigkeit dieser Personen muß von dem Gemeindevorsteher auf dem Antrage bescheinigt sein. Stellt sich heraus, daß auf der Tanzlustbarkeit oder anschließendem Vergernis ernst ist, so wird den Antragstellern für die Zukunft die Tanzlaubnis verweigert.

**Letzte Nachrichten.**

Aus dem Freistaat Danzig.

TU Danzig, 25. Nov. (Draht.) Sir E. Kerr, der vorläufige Entente-Oberkommissar für den Freistaat Danzig, äußerte sich dahin, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß Danzig in der Gesamtheit den Charakter einer deutschen Stadt trage. Er bezeichnete die Danziger Hafenanlagen als zu klein, um dem später einlegenden Schiffsverkehr genügen zu können. Die Hafenanlagen sollen ausgebaut werden, damit sie allen Anforderungen genügen, die durch das Einlegen verschiedener Dampferlinien nach Danzig bedingt sind. Die Danziger Staatsbetriebe sollen auf Industrie umgestellt werden. Aus den in Danzig gemachten politischen Äußerungen des Oberkommissars ist zu entnehmen, daß im Danziger Freistaatsgebiete der englische Einfluß gegenüber den polnischen Machtbestrebungen vorherrschend sein wird.

Ankunft Dr. Simons in Paris.

TU Berlin, 25. Nov. (Draht.) Ministerialdirektor Dr. Simons, dessen Abreise von Paris dort großes Aufsehen erregte, ist gestern Vormittag in Berlin angekommen. Er hat dem Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Reise erfolgte deshalb, weil in der Angelegenheit der versenkten Schiffe neue Instruktionen nötig geworden sind. Weiter wird in der Mitteilung gesagt, ein Zusammenhang mit der Haltung des amerikanischen Senates bestche nicht. Deutschland hat kein Interesse an der Verzögerung, sondern am Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinfällig, als bedeute die Abreise des Herrn v. Simon einen Abbruch der neuerlichen Verhandlungen.

Verlegung der deutsch-polnischen Verhandlungen nach Paris.

TU Zürich, 25. Nov. (Draht.) Der Oberste Rat hat beschloffen, den Bitten der Polen Folge zu geben und die deutsch-polnischen Verhandlungen nach Paris zu verlegen. Die Vertreter der Großmächte haben ferner beschlossen, daß die Verhandlungen zwischen dem Freistaat Danzig beginnen und in Paris fortgesetzt werden sollen. Ferner ist der Oberste Rat davon benachrichtigt worden, daß viele deutsche Soldaten in Flensburg demobilisiert würden. Da es wenig wahrscheinlich ist, daß die Soldaten alle in diese Geardt aröhren, wird eine Untersuchung darüber stattfinden.

Eine Entenente wegen der Abreise der Delegation aus Paris.

WTB. Paris, 25. Nov. (Draht.) Havas. Der Oberste Rat hat beschloffen, an die deutsche Delegation in Verantwortung der Note, mit der die Friedenskongferenz die Abreise ihrer Bevollmächtigten nach Berlin mittelst, eine Note zu richten. Sie wird zweifellos morgen veröffentlicht werden.

Die Verhandlungen in der Wiederaufbaufrage

TU Berlin, 25. Nov. (Draht.) Wie die „Pol. Parl. Nachrichten“ erfahren, hat die französische Regierung offiziell nun den Standpunkt vertreten, daß die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich mit dem Wiederaufbau in Nordfrankreich zusammenhänge. Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, eine solche Auffassung sich zu eigen zu machen. Trotzdem wird in der französischen Presse immer über die beiden Fragen in einer Weise geschrieben, als ob es sich um eine zusammenhängende Materie handle. Demgegenüber kann festgestellt werden: In der Wiederaufbaufrage ist es der deutschen Regierung überlassen worden, Frankreichs Vorschläge zu machen. Deutschland hat sich bereit erklärt, werktätig am Wiederaufbau mit Frankreich mitzuarbeiten. Die deutschen Vertreter in Versailles sollen über die Modalitäten der Teilnahme der Arbeiter und Unternehmer an diesen Arbeiten mit der französischen Regierung zu einer Einigung gelangen. Die französischen Wahlen sind jetzt vorüber, und es ist zu hoffen, daß in den nächsten zehn Tagen sich Erfolge der Einigung zeigen werden.

Die Kohlennot im besetzten Gebiet.

TU Aachen, 25. Nov. (Draht.) Zwischen dem belgischen General Mügel und den Industriellen aus dem besetzten Gebiet fand hier eine Konferenz über die Methode der Kohlennot im besetzten Gebiet statt. General Mügel erklärte, er habe Unterlagen, daß das Kohlenprodukt monatlich 150 000 Tonnen nach Holland liefere anstatt 50 000. Die 100 000 Tonnen, die Holland mehr erhalte, könnten im besetzten Gebiet sehr gut gebraucht werden. Er habe Schritte unternommen,

daß von der deutschen Regierung diese Ausfuhr verboten wird.

Preisherabsetzung für Hausbrandkohle in England.

WTB. London, 25. Nov. (Havas.) Sir Geddes teilte mit, daß der Preis für Hausbrandkohle am 1. Dezember um 10 Schilling pro Tonne herabgesetzt werden solle.

Verantwortlicher Schriftleiter: C. Thole, Bevha. Druck und Verlag: Bevhaer Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Bevha.

Ami. Bevha, den 22. November 1919. Befanntmachung. Der Spruch des Amis in Damm am 28. November wird wieder abgehalten. Kückens.

**Kartoffel-Abnahme**

auf Bahnhof Langförden am Freitag, dem 28. November. Anmeldungen erforderlich. Josef Kaste.

**Moor-Verpachtung.**

Am Mittwoch, dem 3. Dezember 1919, nachmittags 1 Uhr beginnend, läßt der Eigener August Tepe bei Bevha 40 Pfänder Moor zum Torfstich öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.

Das Moor ist direkt am Sanddamm bei dem Moor da Braunhainfeld delegen und liefert guten, schwarzen Torf. Die Verpachtung erfolgt auf 3 Jahre. Nachschläge ladet ein Bevha. S. Menke.



**Achtung. Große Vieh-Auktion in Dinklage**

am Freitag, dem 28. Novbr. 1918, nachmittags 2 Uhr bei Wirt A. Pille, läßt Handelsmann S. Bömer:

eine große Anzahl hochtragende Rinder und Rüh, bester Qualität; öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Bemerkt wird noch, daß die Tiere in 2-3 Wochen kalben. Käufer ladet freundlichst ein Dinklage. J. Dietmann.

**Holz-Verkauf.**

Geschwister Ranne in Scharrel lassen am Donnerstag, dem 27. Novb. d. Js., vormittags 10 Uhr anfangend, ca. 120 Stämme Eichen, Erlen und Birten, ca. 200 bis 300 Stämme schwere Tannen, bestes Bauholz,

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Kaufliebhaber verlemen sich zur genaueten Zeit bei der Ringfenzgelelei in Scharrel. Scharrel, den 20. Nov. 1919. W. Awid.

**Holzverkäufe**

in der Oberförkerei Cloppenburg. Vierer Aushorn. Es gelangen zum Verkauf: 1. am Sonntag, dem 8. Dezember 1919, 11 Uhr vormittags in Feldkamps Wirtshaus in Gartherfeld aus dem Gehelnde moad eine 120 M. Kiefern, geringes Bau-, Pfahl- und Brennholz.

2. am Mittwoch, dem 10. Dezember 1919, 11 Uhr vormittags im Baumweg, eine 100 M. Eichen, Berks, Pfähle in der Nähe der Baumföhle. Vorgelegte des Holzes je 1. am 20. November, 2 Uhr nachmittags, und Verkaufstage, 8 Uhr vormittags, von der Holzgutverwertung in Gartherfeld aus. Schwamm.

Ein 100 pfündiges Schwein Drilling, Kaliber 12x12 9,3x8,2 mit Genereverschluß und Kruppstahlläuser, wie neu, Friedensqualität, mit vorzüglicher Schußleistung für 780 M. Nachnahme einschließlich Munition zu verkaufen. Offerten unter A. W. an die Geschäfts d. Wl.

Mädchen Federwagen zu verkaufen. Offerten unter A. G. 100 an C. Schubert, Endgandlamm, Folge 1. W.

Ein 100 pfündiges Schwein Drilling, Kaliber 12x12 9,3x8,2 mit Genereverschluß und Kruppstahlläuser, wie neu, Friedensqualität, mit vorzüglicher Schußleistung für 780 M. Nachnahme einschließlich Munition zu verkaufen. Offerten unter A. W. an die Geschäfts d. Wl.

Mädchen Federwagen zu verkaufen. Offerten unter A. G. 100 an C. Schubert, Endgandlamm, Folge 1. W.

Ein 100 pfündiges Schwein Drilling, Kaliber 12x12 9,3x8,2 mit Genereverschluß und Kruppstahlläuser, wie neu, Friedensqualität, mit vorzüglicher Schußleistung für 780 M. Nachnahme einschließlich Munition zu verkaufen. Offerten unter A. W. an die Geschäfts d. Wl.

Mädchen Federwagen zu verkaufen. Offerten unter A. G. 100 an C. Schubert, Endgandlamm, Folge 1. W.



Dem Jubelpaar Kaufmann Rehhausen und Frau Gemahlin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Von Mittwoch, den 26. d. M. an wird der Strom von 12-1/2 Uhr mittags wieder ausgeschaltet.

Gemeinde Damme.

Am Dienstag Vormittag um 10 Uhr im Gemeindefestsaal Ausgabe von Butter- und Zunderkarten.

Damme.

Den hiesigen Manufakturwarengeschäften sind zur Ausgabe an die minderbemittelten Eingekessenen unserer Gemeinde ein Teil...

Holz-Verkauf.

Am Dienstag, dem 2. Dezember, mittags 12 Uhr anfangend, läßt die Gemeinde Damme am Wege...

Landgemeinde Lohne.

Fleisch-, Butter- u. Brotkartenausgabe am Freitag, dem 27. November in Lohne u. zwar: von 8 1/2-10 Uhr...

Bin Käufer für fette Gänse und zahle hohe Preise.

Zimmer zu vermieten mit 1 oder zwei Betten, Licht und Heizung. Brennholz jeder Holzart, wie Eichen, Birken, Tannen, Buchen...

Spar- und Darlehnskasse zu Dinklage empfiehlt sich zur Aufbewahrung und Verwaltung v. Wertpapieren.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß vom 1. Dezember d. J. an Zins- und Gewinnanteilscheine, sowie gelöste oder gefündigte Stücke...

Spar- und Darlehnskasse Dinklage.

Die Mitglieder des Ausschusses der Landfrankenasse des Amtesverbandes Vechna werden zu der am Freitag, dem 28. November 1919, vormittags 11 Uhr in Hanelamps Wirtschaft...

B. V. Benzoll.

Was ist nicht in jeder Zeit eine Neuerung der Vervollständigung der Vervollständigung eintraten.

Schneider- und Schneiderei.

Ich bin Käufer von grünen und gelben Erbsen, Pelusiden, weißen Bohnen, Feld- u. Ackerbohnen zu höchsten Tagespreisen...

Mädchen.

Wegen Verheiratung meines einzigen Kindes ich suche ein kath. erziehtes, in Küche und Hausarbeit erfahrenes, älteres Dienstmädchen.

Verkaufsanzeige.

Am Donnerstag, dem 27. November, mittags 1 Uhr, werde ich bei J. M. Börger in Damme für Rechnung dessen, den es angeht, 1 schönen modernen Kutschwagen...

Groß Vieh- etc. Verkauf.

Pächter Georg Graue in Deindrup läßt wegen Aufgabe seiner Pacht am Samstag, dem 29. Nov. d. J., morgens pünktlich 11 Uhr beginnend, öffentlich meistbietend verkaufen...

Litten.

Geflügel- u. Kaninchenabnahme am Donnerstag, dem 27. November von 8-9 Uhr bei Wirt Jurberg, Litten.

Döllen.

von 10-10 1/2 Uhr bei Wirt Penning, Döllen.

Astrup.

von 11-12 Uhr bei Wd. Warnke, Astrup.

Holtrup.

von 1-2 Uhr bei Wd. Büßing, Holtrup.

Calveslage.

von 3-4 Uhr bei Wirt Rathmann, Calveslage.

Herren-Wulster. Herren-Paletots. 185 225 275 325 450 Wl. etc. M. Schulmann, 38 Nächsternstr. Oldenburg, Nächsternstr. 38.

Eröffnung ab 2. Dezember einen Nächsternstr. moju Teilnehmer sich bis zum 30. November melden wollen Langförden. Frau S. Wedmann.

Wildfelle! prima Winterfelle wie Marber, Ditz, Fildje, Ullis, Kanin, Hasen, Fiegen und Schaffelle taufst zu höchsten Preisen. Albert Schulte, Vechna, Kürschnermeister.

Trommelhäckselmaschinen in allerbester Ausführung sofort lieferbar. Goldenstedt. Ludw. Bergmann.

Kleiege Gänle-Federn taufst jedes Quantum zu höchsten Tagespreisen. Vechna. J. A. Südbed.

Nuß- und Brennholz aller Art zu hohen Preisen und erbitte um Angebote. Vechna. Sof. Warning, Holzhandl., Fernsprecher Nr. 9.

Nellinghof. Donnerstag, 11-1 Uhr am Bahnhof Geflügel- u. Kaninchenabnahme. Vechna. D. Borchers.

Kartoffel-Abnahme am Mittwoch, dem 28. November, vormittags. Lohne i. O. Franz Dohrsch.

Langförden. Auf den Petroleumkanalern (Waldmühl Oktober) kann 1 Liter Petroleum empfangen werden für diejenigen, welche bis...

Viehstall mit und ohne Mantel voll versch. Fabriken, Küppersbusch, Länge, Dürkopp's Nähmaschinen, Dürkopp's Fahrräder, Hobelbänke, kleine und große Kastenwagen, Degimalwagen u. Gewicht, Seffel, fein verfilberte Kaffee-Service, silberne und goldene Damen- und Herren-Uhren.

Badbergen. Chr. Hedemann. Meine Verlobung mit Fräulein Maria Hedemann, Tochter des Hofbesizers Herrn Heinrich Hedemann und Frau Anna geb. Künsting, gebe hiermit bekannt.

Hofbesizer Heinrich Adelmeyer u. Frau Anna geb. Künsting, Scherzreise bei Damme, im November 1919.

Meinen Nachbarn, Freunden und Bekannten die aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit durch die Gedächtnis- und Glückwünsche erweisen, sagen wir herzlichsten und herzlichsten Dank. Dienstag, den 20. November 1919. Hermann Brakland u. Frau Maria geb. Fieda.